

Solidaritätsfonds für
soziale Befreiungskämpfe
in der Dritten Welt

SOLIFONDS



Schweizer Multis – Kriminalisierung sozialer Bewegungen –
Arbeiterinnen organisieren sich

Jahresbericht 2012

Liebe Leserin, lieber Leser

Inhalt

Konzerne zur Verantwortung ziehen	1
Kriminalisierung sozialer Bewegungen	3
Unterstützungen 2012	
Gegen Kriminalisierung;	4
Auseinandersetzungen um Konzerne, Rohstoffe, Landraub;	10
Organisierung statt Prekarität;	16
Demokratie im Maghreb	21
Information und Vernetzung	23
Jahresrechnung	26
Kommentar zur Jahresrechnung;	26
Jahresrechnung im Überblick	28
Bilanz	29
Revisionsbericht	30
Die Stiftung SOLIFONDS	31
SOLIFONDS braucht Ihre Unterstützung	32

Umschlagbild: Proteste gegen den Putsch vom Juni 2012 in Paraguay.

Foto: REUTERS/Mario Valdes

Der 29. Jahresbericht im neuen Gewand – das lässt schon etwas die 30 Jahre SOLIFONDS erahnen. Eine beachtliche Zeit, während welcher der SOLIFONDS zahlreiche Streiks, Landbesetzungen, Kampagnen für Rechte und weitere Aktionen unterstützt hat – soziale Kämpfe eben. Seit Jahrzehnten sind diese in Afrika, Asien und Lateinamerika Realität – als Ausdruck des Widerstands gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik, die dort seit den 1980er Jahren rücksichtslos umgesetzt wird. Bisher kaum der Rede wert und der Mottenkiste der Geschichte zugeordnet, lebt der soziale Widerstand auch hier angesichts der aktuellen Krisenpolitik in Europa wieder auf.

Als Beitragsversprechende, als Spenderin oder Spender haben Sie den SOLIFONDS in diesen Jahren begleitet und seine Arbeit ermöglicht. Dafür danken wir ihnen herzlich.

Ganz sorglos gehen wir nicht ins Jubiläumsjahr. Hat uns die Krise auch erfasst? Das fragen wir uns angesichts des Rückgangs bei den Spenden in diesem Jahr. Umso mehr zählen wir im Jubiläumsjahr auf Sie: damit wir die Kämpfe für soziale Gerechtigkeit, Demokratie von unten und Gleichstellung weiter unterstützen können.

Urs Sekinger, Koordinator

Yvonne Zimmermann, Koordinatorin

Konzerne zur Verantwortung ziehen – Betroffene in Auseinandersetzungen mit Schweizer Multis unterstützen

Auseinandersetzungen von Arbeiterinnen und Arbeitern sowie betroffenen Bevölkerungen mit Schweizer Konzernen waren im vergangenen Jahr einer der Schwerpunkte der Arbeit des SOLIFONDS. So etwa der Konflikt beim Zementproduzent Holcim, der im indischen Chhattisgarh Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter trotz Gerichtsurteilen nicht fest anstellt. Oder beim Bergbau-Riesen Xstrata mit Sitz im Steuerdumping-Kanton Zug: Seit langem kämpft die Bevölkerung in der peruanischen Andengemeinde Espinar gegen die Umweltverschmutzung durch eine Xstrata-Tagbau-Kupfermine. Die Polizei erschoss im Mai zwei Demonstranten, weitere Protestierende wurden verletzt und inhaftiert, so auch der Bürgermeister von Espinar, Oscar Mollohuanca, der kurz vorher von uns begleitet an der Aktionärsversammlung von Xstrata in Zug geredet hatte.

Es waren solche Konflikte, die vor drei Jahrzehnten zur Gründung des SOLIFONDS führten. Ausgehend von der miterlebten militärischen Repression gegen Arbeiterinnen und Arbeiter in Peru und Bolivien skizzierte Rudolf Strahm die Idee eines Solidaritätsfonds und schrieb in einem Diskussionspapier: «Unterstützungsaktionen bei uns bei Arbeitskämpfen in der Dritten Welt, namentlich auch bei Streiks gegen Filialen Schweizeri-

scher Konzerne, sind eine angemessene Form der Solidarität.» Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Weshalb immer multinationale Konzerne, welche sich bei uns gerne ein «nachhaltiges» Image geben? Seit den 1980er Jahren sind durch die neoliberale Politik Güter-, Kapital-, Finanzmärkte und die Möglichkeiten für Auslandsinvestitionen liberalisiert und dereguliert worden. Davon profitieren vorab die multinationalen Konzerne, welche die Standortkonkurrenz optimal ausnützen, um ihre Profite zu maximieren. Während die globalisierten Produktions- und Wertschöpfungsketten von den Zentren aus geleitet und kontrolliert werden, liegen deren Anfänge in den Ländern der Peripherie, wo Rohstoffe abgebaut werden. Dort sind die Arbeitsbedingungen prekär, die Löhne niedrig, Leih- und Temporärarbeit verdrängen Festanstellungen, die Arbeitszeiten sind lang und der Gesundheitsschutz mangelhaft. Multinationale Konzerne sprengen mit ihren internationalen Produktions- und Wertschöpfungsketten den nationalen Rahmen, der dem Staat und den Gewerkschaften gewisse Kontrollmöglichkeiten eröffnet und Auflagen ermöglicht. Dadurch können sich die Konzerne der Kontrolle durch demokratische Instanzen weitgehend entziehen. Kein Wunder, dass sie stark wachsen, die Märkte monopo-

lisieren und besonders hohe Profite generieren können. Zwar gab es seit den 1950er Jahren immer wieder Versuche, mittels internationaler Richtlinien die Konzerne zu kontrollieren. Eine wirksame Überprüfung verbunden mit Sanktionsmöglichkeiten vermochte aber die mächtige Lobby der Arbeitgeberverbände stets zu verhindern. Während etwa die WTO- und Freihandelsabkommen für Konzerne Klagemöglichkeiten gegen Staaten und all-fällige Sanktionen vorsehen, haben alle Verhaltensrichtlinien für Multis freiwilligen Charakter. Dies gilt für jene



der ILO, der OECD und des Global Compact. Sie dienen vorab dem Weisswaschen der Konzerne.

Deshalb hat sich seit der Reise von Rudolf Strahm durch Peru und Bolivien wenig geändert – im Gegenteil. Die Arbeit des SOLIFONDS, welcher Gewerkschaften und soziale Bewegungen in den Ländern des Südens unterstützt, ist keineswegs überflüssig geworden. Mit der Kampagne «Recht ohne Grenzen» gibt es im Moment einen weiteren unterstützenswerten Versuch, verbindliche Normen für Multis durchzusetzen. Am wichtigsten bleibt aber die Unterstützung und der Kontakt zu den Gewerkschaften und Bewegungen, welche gezwungen sind, die direkte Auseinandersetzung mit den Konzernen zu führen. Wichtig ist es auch, diese Auseinandersetzungen öffentlich zu machen und die diskreten Schweizer Multis zu stören. Dies macht der SOLIFONDS seit 29 Jahren.

Hans Schäppi, Präsident

Das SOLIFONDS-Büro: Hans Schäppi, Koordinatorin Yvonne Zimmermann und Koordinator Urs Sekinger (von rechts nach links)

Soziale Bewegungen wehren sich gegen ihre Kriminalisierung

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit im vergangenen Jahr war die Kriminalisierung sozialer Bewegungen. In Lateinamerika, Asien oder Afrika, immer häufiger sind Proteste von Gewerkschaften, Bauern und Bäuerinnen, Menschen, die ihr Land gegen die Ausdehnung von Monokulturen oder gegen den Bergbau verteidigen, nicht nur mit Repression konfrontiert. Willkürliche Strafanklagen sollen die sozialen Bewegungen lähmen sowie ihre Energien und die ohnehin knappen Mittel binden. Damit sollen die Proteste abgewürgt werden. Der SOLIFONDS hat in diesem Jahr mehr als zuvor Unterstützung für Rechtshilfe und für Mobilisierungen und Gegeninformation gegen solche Kriminalisierungsstrategien geleistet: In Paraguay, wo im Juni ein Massaker an Landlosen als Vorwand für den Putsch gegen Präsident Fernando Lugo diente, derweil die Überlebenden des Massakers mit falschen Mordanklagen eingedeckt wurden; in Guatemala, wo die Regierung auf die Proteste der indigenen Bevölkerung gegen ein Wasserkraftwerk mit Militarisierung und Verhaftungen antwortete; in Pakistan, wo Unternehmer Klagen gegen Gewerkschafter einreichten, die von Sondergerichten nach dem Anti-Terrorismus-Gesetz beurteilt werden sollen; oder in Kolumbien, wo zahlreiche Führungspersonen von Gewerkschaften und weiteren Bewegungen fragwürdige Strafklagen am Hals haben.

Ein weiteres Schwerpunktthema des SOLIFONDS waren multinationale Konzerne und Rohstoffe. Gemeinden in Zimbabwe kämpfen gegen die Ausdehnung des Zuckerrohranbaus für Agrosprit auf ihrem Land; die Bevölkerung der peruanischen Andenstadt Espinar wehrt sich gegen die Umweltverschmutzung durch den Schweizer Bergbaukonzern Xstrata; Leiharbeiterinnen und -arbeiter beim Zementmulti Holcim in Indien kämpfen seit Jahrzehnten für feste Anstellungen.

Nicht zuletzt konnten wir im vergangenen Jahr die hoffnungsvolle Organisation von Arbeiterinnen und Arbeitern in prekären Arbeitsbereichen begleiten: Die Hausarbeiterinnen in Mali und die Heimarbeiterinnen ebenso wie die Schiffabwracker in Pakistan oder die Gemüseverpackerinnen in Südspanien, sie alle haben sich in Gewerkschaften organisiert, um grundlegende Rechte einzufordern. Mit ersten Erfolgen.

Hoffnung auf eine demokratische Zukunft steht auch weiterhin im Zentrum des Kampfes der Volksorganisationen im Maghreb. In Tunesien haben wir ihren Einsatz für die Streichung der Auslandsschulden und eine gerechte Wirtschaftsordnung unterstützt. In Algerien fordern die unabhängigen Gewerkschaften und Erwerbslosenorganisationen mit Gegeninformation und Protestaktionen die herrschende politische Klasse heraus.

Paraguay – Massaker gegen Landlose als Vorwand für den Putsch

Am 15. Juni kamen auf einer Finca nahe der Stadt Curuguaty elf Kleinbauern und sechs Polizisten ums Leben, als paraguayische Sicherheitskräfte gegen eine Gruppe von LandbesetzerInnen vorgingen, um deren Camp gewaltsam zu räumen. Wie sich herausstellte, waren es nicht die Kleinbauern, die auf die Polizisten geschossen hatten, sondern Dritte. Es kann deshalb von einem provozierten Konflikt ausgegangen werden, der dann eine Woche später als Vorwand für den kalten Putsch gegen Präsident Fernando Lugo genommen wurde.

Eine offizielle Untersuchung der Ereignisse gab es nicht. Das Camp der BesetzerInnen wurde von der Polizei

niedergebrannt und damit Spuren zerstört, die zur Aufklärung der Ereignisse hätten beitragen können. Kurz darauf wurde gegen 54 Landlose Anklage teils wegen Mordes erhoben, was jahrelange Gefängnisstrafen zur Folge haben kann. Die agrarische Volksbewegung MAP setzt sich seither für die Freilassung und Verteidigung der Angeklagten ein, bis jetzt in zwei Fällen mit Erfolg. Dafür sieht sich das MAP selbst einer enormen Diffamierungs- und Kriminalisierungskampagne durch nationale Medien ausgesetzt. Der SOLIFONDS hat dank eines Beitrags der Berti Wicke-Stiftung Unterstützung für Rechtshilfe und Mobilisierungen geleistet.

Neuer Putschismus in Lateinamerika

Zusammen mit dem Zentralamerika-Sekretariat hat der SOLIFONDS eine Sonderzeitung produziert, ein antidotincl. Darin sind die Ereignisse und Hintergründe des parlamentarischen Putsches vom Juni 2012 in Paraguay sowie die Interessen dahinter beleuchtet. Der Putsch wird in einen Zusammenhang gestellt mit anderen Staatsstreich, Putsch- und Destabilisierungsversuchen gegen die Aufbruchbewegung in Lateinamerika.

Die Zeitung kann beim SOLIFONDS bezogen oder auf unserer Homepage gelesen werden.



Guatemala – Widerstand in Santa Cruz Barillas gegen Wasserkraftwerk geht weiter

Als am 2. Mai der guatemaltekeische Staatspräsident Otto Pérez Molina den Ausnahmezustand über die Gemeinde Santa Cruz Barillas verhängte, so diente das nicht dazu, jene Attentäter zu finden, die am Tag zuvor Andrés Francisco ermordet und zwei weitere Gemeindemitglieder schwer verletzt hatten. Vielmehr erhielten die Sicherheitskräfte freie Hand, um zwölf Personen zu verhaften, die sich seit Jahren dem Bau eines Wasserkraftwerks widersetzen. Doch damit nicht genug: Am 25. Juli wurden 33 weitere Haftbefehle gegen Personen aus Santa Cruz bekannt. Ihnen werden verschiedene Vergehen zur Last gelegt. «Taten, die ich nie begangen habe», sagte Hermelinda Simon, eine der Anführerinnen des Widerstands. «Das einzige, was wir in der Gemeinde getan haben, ist, das Land zu verteidigen, unser Territorium und unsere Mutter Erde.»

Zwar konnten Rechtsanwälte erreichen, dass zehn Anklagen annulliert wurden. Dies wurde durch die Unterstützung durch den SOLIFONDS möglich, genauso wie die medizinische Versorgung der beiden Verwundeten, Nothilfe für die Opferfamilien und eine Demonstration für den

Frieden und die kollektiven Rechte der indigenen Gemeinden in der Departementshauptstadt.

Unsere Unterstützung für den Widerstand in Barillas geht vorläufig weiter, denn noch sind zahlreiche Menschen mit konstruierten Anklagen konfrontiert. Ausserdem hat der Stromproduzent Hidro Santa Cruz begonnen, Geld für Land anzubieten, um die Gemeinde zu spalten. Obwohl die Gemeindevorsteher jede Baubewilligung bis jetzt verweigert haben, fährt das Unternehmen fort, Wald abzuholzen.



Bevölkerung wird von Militär schikaniert.

Foto: ADH

Pakistan – Kampagne gegen Anklagen nach dem Anti-Terrorismus-Gesetz

Nachdem sich die ArbeiterInnen der Webereiindustrie in einer Gewerkschaft zusammengeschlossen und bessere Arbeitsbedingungen gefordert hatten, gingen die Unternehmer mit scharfem Geschütz gegen sie vor: Mehrere Gewerkschafter wurden im März verhaftet, gefoltert und unter Anklage nach dem Anti-Terrorismus-Gesetz gestellt. Die Klagen sind ein Präzedenzfall. Der pakistanische Gewerkschaftsdachverband NTUF führt daher, unterstützt vom SOLIFONDS, eine Kampagne durch, um zu verhindern, dass die Gewerkschafter von Sondergerichten abge-

urteilt werden. Ansonsten muss befürchtet werden, dass Unternehmer vermehrt Klagen gegen GewerkschafterInnen einreichen, die unter das Anti-Terrorismus-Gesetz fallen, und auf diese Weise die Organisierung der ArbeiterInnen zu verhindern versuchen.

Seit der Verhaftungswelle haben die Gewerkschaften Proteste für die Freilassung der Angeklagten durchgeführt und die Kriminalisierung in einer breiteren Öffentlichkeit thematisiert. An Vernetzungstreffen geht es darum, Antworten auf diese neue Strategie der Unternehmer zu finden.



«Gewerkschaftliche Organisierung ist ein Recht, nicht Terrorismus.» Proteste gegen Kriminalisierung in Pakistan. Foto: NTUF

Kolumbien – Solidarität mit bedrohten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern

Seit Jahren hält Kolumbien einen traurigen Rekord, was Gewalt gegen GewerkschafterInnen betrifft. Dabei herrscht eine weitgehende Straflosigkeit: Kaum je werden die Drohungen, Übergriffe und Morde aufgeklärt, zu Verurteilungen der Täter kommt es praktisch nie, die Auftraggeber bleiben gänzlich unbestraft.

Zwar führt die kolumbianische Regierung unter Präsident Juan Manuel Santos einen Diskurs von Menschenrechten und Gewerkschaftsfreiheit, in der Realität werden diese aber weiterhin systematisch verletzt. Bereits heute arbeitet in der Region Valle del Cauca weit über die Hälfte der Erwerbstätigen in prekären Verhältnissen, immer mehr Arbeitsplätze werden ausgelagert, das Recht auf gewerkschaftliche Organisation wird ausgehöhlt. Gewerkschaften werden mittels Massenentlassungen und Betriebsschließungen zerschlagen. Wer weiterhin gewerkschaftlich aktiv ist, wird eingeschüchtert und von Paramilitärs bedroht. Freihandelsverträge, etwa mit der Schweiz, der EU oder den USA, verschärfen die Situation der ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen weiter.

Mit der 1.-Mai-Aktion hat der SOLIFONDS den regionalen Gewerkschaftsdachverband CUT-Valle unterstützt. Damit

konnte dieser eine starke 1.-Mai-Demonstration in Cali und im September eine Karawane gegen multinationale Unternehmen durchführen. Weiter untersuchte er zusammen mit den LandarbeiterInnen die Auswirkungen der Agroindustrie und bildete seine GewerkschafterInnen zu Arbeitsrecht aus.

Die CUT-Valle hat zudem Ausbildungsseminare zur Förderung von Gewerkschafterinnen durchgeführt, mit dem Ziel, dass Frauen in den Gewerkschaftsführungen künftig besser vertreten sind.



Kolumbien – Gemeinsam gegen die Kriminalisierung von sozialen Bewegungen

Präventivhaft ist in Kolumbien eine übliche Form der Kriminalisierung: Gezielt werden Führungspersonen von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und MenschenrechtsverteidigerInnen ins Visier genommen, Strafuntersuchungen auf dubioser Basis werden gegen sie eingeleitet. Das Solidaritätskomitee mit politischen Gefangenen CSPP spricht von 358 Fällen von Präventivhaft von Führungspersonen aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zwischen

2007 und 2010, zusätzlich zu Massenverhaftungen von Studierenden rund um deren Proteste. Um gegen diese Kriminalisierung der sozialen Proteste vorzugehen, organisiert das CSPP derzeit die Vernetzung von betroffenen Sozialbewegungen, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und Gemeinschaften, an denen diese ihr Vorgehen gegen Präventivverhaftungen und willkürliche gerichtliche Anklagen koordinieren.

Peru – Widerstand gegen Xstrata-Mine wird brutal niedergeschlagen

Seit langem kämpft die Bevölkerung der peruanischen Provinz Espinar in der südlichen Andenregion Cusco gegen die Umweltverschmutzung durch die Tagbau-Kupfermine Tintaya des Zuger Bergbaukonzerns Xstrata. Bei einem Protest im Mai erschoss die Polizei zwei Demonstranten, die peruanische Regierung verhängte den Ausnahmezustand, und über zwanzig Personen wurden verhaftet, unter ihnen der Gemeindepräsident Oscar Mollohuanca.

Das bischöfliche Menschenrechtsbüro in Sicuani übernahm es, den Rechtsbeistand für die Verhafteten zu organisieren. Dafür erhielt es finanzielle Mittel vom SOLIFONDS. In der Folge wurden mehrere Anklagen fallengelassen, und die Verhafteten kamen unter Auflagen frei. Als Ende

Juni drei thematische Arbeitsgruppen mit VertreterInnen der Regierung, des Unternehmens und der betroffenen Gemeinden ihre Arbeit aufnahmen, schienen die lange geforderten Gespräche endlich in Gang zu kommen.

Dann erliess die Staatsanwaltschaft Mitte August einen neuen, präventiven Haftbefehl gegen den Gemeindepräsidenten und weitere Personen. Aufgrund einer Pressemitteilung warf ihnen eine Staatsanwältin vor, zu neuen Demonstrationen aufgerufen zu haben. Allerdings wussten weder die Beschuldigten noch das Menschenrechtsbüro von einem solchen Aufruf. Zwar gingen die Gespräche weiter, aber das Vorgehen der Staatsanwaltschaft zeigt, dass der Widerstand gegen die Mine weiter kriminalisiert wird.



Die Bevölkerung in Espinar protestiert seit langem gegen die Umweltverschmutzung durch die Xstrata-Mine.

Foto: zvg

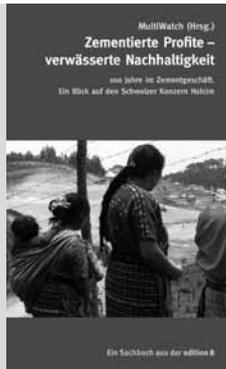
Unterstützungen 2012 Auseinandersetzungen um Konzerne, Rohstoffe, Landraub

Indien – LeiharbeiterInnen bei Holcim fordern feste Anstellung

In den Produktionsstätten des Schweizer Zementmultis Holcim im indischen Chhattisgarh sind rund 80 Prozent der ArbeiterInnen über Drittfirmen angestellt – zu deutlich schlechteren Bedingungen als die Festangestellten. ACC-Holcim wurde deshalb 2011 bereits in zweiter Instanz gerichtlich verurteilt.

Anlässlich des 100. Geburtstags von Holcim hat der SOLIFONDS zusammen mit MultiWatch, der Gewerkschaft Unia, den internationalen Branchengewerkschaften ICEM und BWI und weiteren Organisationen eine Kampagne

durchgeführt, um auf die Missstände bei Holcim hinzuweisen. Dafür hat der SOLIFONDS eine Delegation der indischen LeiharbeiterInnen-Gewerkschaft PCSS eingeladen. Statt einer dreiköpfigen Delegation konnte jedoch nur eine Vertreterin in die Schweiz reisen – aufgrund von fragwürdigen Anklagen war den anderen Delegationsmitgliedern eine Ausreise unmöglich. An Veranstaltungen informierte die PCSS-Vertreterin über die Situation in Indien sowie über die Klage, welche PCSS Anfang Jahr in der Schweiz beim Staatssekretariat für Wirtschaft seco wegen



KritikerInnen werden diffamiert

Zum 100-Jahres-Jubiläum des Zementriesen Holcim erarbeitete MultiWatch mit tatkräftiger Unterstützung des SOLIFONDS das Buch «Zementierte Profite – verwässerte Nachhaltigkeit». An der Holcim-Aktionärsversammlung erhielt der Verwaltungsrat das Buch zusammen mit einem Manifest, in welchem der Konzern aufgefordert wurde, «sein Bekenntnis zur Nachhaltigkeit und zur sozialen Verantwortung global tatsächlich und nachprüfbar umzusetzen». Dies bereitete dem Holcim-Management offensichtlich Kopfschmerzen: Es wandte sich in der Folge mit einem Brief an die 100 Erstunterzeichnenden und bezichtigte MultiWatch, im erwähnten Buch «Halbwahrheiten, Fehler und Verzerrungen» zu verbreiten.

Verletzung der OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen gegen Holcim eingereicht hat. An der Holcim-Aktionärsversammlung informierte sie ebenfalls über die Situation in Indien. Das Holcim-Management hatte zuvor ein Treffen mit ihr verweigert. Bisher hat sich die Situation der LeiharbeiterInnen nicht verbessert, es braucht weiterhin Druck gegenüber Holcim.

Proteste in Indien und der Schweiz gegen Menschenrechtsverletzungen durch Holcim.
Fotos: PCSS/MultiWatch



Philippinen – Klagen gegen entlassene Triumpharbeiterinnen sind vom Tisch

Im Sommer 2009 hatte der schweizerisch-deutsche Unterwäschehersteller Triumph International überraschend zwei Fabriken in den Philippinen geschlossen und 1663 Arbeiterinnen entlassen. Fast ein Jahr lang protestierten die Arbeiterinnen vor den Fabriken und verhinderten, dass die



Firma die Maschinen entfernte, bevor eine Einigung zwischen dem Management und der Gewerkschaft erreicht wurde. Die Triumph-Leitung verweigerte jedoch Verhandlungen. Schliesslich liess die staatliche Industriezonenverwaltung (FTI) die Proteste gewaltsam räumen. Triumph hatte der FTI nämlich versprochen, ihr die fixen Einrichtungen in den Räumlichkeiten zu überlassen, wenn die FTI dafür die Maschinen abtransportierte und sie Triumph aushändigte. Gegen die Gewerkschaft der Triumph-Arbeiterinnen reichte FTI eine horrende Klage auf Schadenersatz ein: Wegen der Proteste hätten die Fabrikräume nicht vermietet werden können, dafür sollten die Arbeiterinnen geradestehen. Im Sommer 2012 kam es nun zu einer aussergerichtlichen Einigung: Die Gewerkschaft bezahlte einen Bruchteil der eingeforderten Summe, dafür zog FTI die Klage zurück.

Der SOLIFONDS hat die Triumph-Arbeiterinnen während der Proteste sowie in der Folge für Rechtshilfe unterstützt. Mit der jetzt erreichten Einigung ist endlich die letzte Klage gegen die Gewerkschaft vom Tisch. Die Arbeiterinnen können sich nun mit voller Kraft ihrer Kooperative widmen.

Entlassene Triumph-Näherinnen bei der Arbeit in ihrer neu gegründeten Genossenschaft.

Foto: zvg

Kolumbien – Indigene Gemeinschaften gemeinsam gegen Minenkonzerne

Im kolumbianischen Departement Antioquia sind zahlreiche Minenkonzessionen an Bergbaukonzerne vergeben worden – ohne die notwendige Konsultation der betroffenen indigenen Gemeinschaften. Die Organisation der indigenen Bevölkerung Antioquias (OIA) hat sich klar gegen diese Minentätigkeit ausgesprochen, die mit der Zerstörung des Lebensraums sowie mit Militarisierung und Vertreibung einhergeht. Bergbauunternehmen versuchen derweil, indigene Führungspersonen mit Geldzahlungen oder anderen Anreizen dazu zu bringen, dass sie die Minentätigkeit

befürworten, was in den Gemeinden zu Konflikten geführt hat. Mit Unterstützung des SOLIFONDS hat die OIA deshalb ein Forum mit den betroffenen Gemeinden durchgeführt, um wieder zu einer gemeinsamen Position zu finden. In der Schlusserklärung des Forums hielten die Beteiligten fest, dass die Gemeinden keine Mega-Bergbauprojekte in ihrem Territorium zulassen werden. Stattdessen wollen sie Strategien entwickeln, um eine eigene, alternative Ökonomie zu fördern, welche auf den Prinzipien der Ernährungssouveränität und des guten Lebens aufbaut.

Zimbabwe – Der Fluch vom Agrosprit, Bevölkerung wehrt sich erfolgreich

Agrosprit ist ein Fluch, auch für die Menschen in Chisumbanje in Zimbabwe: Ihnen droht der Verlust ihres Landes durch Enteignung. Doch dank der intensiven Informations- und Mobilisierungsarbeit der Platform for Youth Development PYD konnten die BäuerInnen in Chisumbanje einen ersten Erfolg verbuchen. Die breite Öffentlichkeitskampagne, die PYD im Namen der Betroffenen und mit Unterstützung des SOLIFONDS geführt hatte, zwang den Vizeministerpräsidenten des Landes, ein interministeriales Komitee zu bilden, das sich dem Konflikt zwischen der Bevölkerung und dem Ethanol-Unternehmen annahm.

Zwar hält die Regierung an der Ethanolfabrik als wichtiges strategisches Projekt fest, gleichzeitig aber erliess sie mehrere Verfügungen zugunsten der Bevölkerung: Den 1'238 vertriebenen Familien muss Realersatz an Land geboten werden, ebenso die nötige Infrastruktur, insbesondere Schulen und Gesundheitsversorgung. Familien, die ihr Vieh verloren haben, erhalten eine Entschädigung, ebenso jene Menschen, die gesundheitlich zu Schaden gekommen sind. Ausserdem wird das Ethanol-Unternehmen verpflichtet, weit mehr Leute aus Chisumbanje zu beschäftigen als die heutigen rund dreissig Prozent.

Brasilien – Landbesetzungen für die längst fällige Umverteilung von Land

Die Landlosenbewegung MST und die Bewegung von Staudambetroffenen MAB setzen sich seit Jahren für eine Agrarreform in Brasilien, für Ernährungssouveränität und den Erhalt der Biodiversität ein. Der SOLIFONDS hat sie dieses Jahr in zwei Landkämpfen mit einem Beitrag der Berti Wicke-Stiftung unterstützt.

Im Süden Brasiliens fordert die Bewegung von Staudambetroffenen MAB, dass Kleinbauernfamilien, die von Staudämmen am Rio Uruguay vertrieben worden sind, entschädigt werden oder neues Land erhalten. Mit Landbesetzungen und Mobilisierungen konnte MAB dieses Jahr erstmals erreichen, dass die von einem Staudamm betroffenen Familien umgesiedelt werden, ein Erfolg.

Im Bundesstaat Minas Gerais hat die Landlosenbewegung MST derweil drei weitere brachliegende Grundstü-

cke besetzt, auf welchen heute 480 Familien leben. Mit den Besetzungen geht es darum, den politischen Druck zu verstärken, damit eine Umverteilung des Landes endlich umgesetzt wird. Diese wäre nicht nur dringend nötig, sondern auch umsetzbar: Der Norden des Bundesstaats ist eine der ärmsten Gegenden Brasiliens. Hier gibt es eine immense Zahl von LandarbeiterInnen ohne eigenes Land und gleichzeitig riesigen Grossgrundbesitz, der nicht landwirtschaftlich genutzt wird.

In Minas Gerais hat die MST zudem Mobilisierungen durchgeführt, mit denen sie ausser der Landreform auch Kredite für die Siedlungen der Landlosen gefordert hat. Sowohl MAB wie MST haben in den neuen Landbesetzungen die Kleinbauern- und Landlosenfamilien zu ihren Rechten und zur Ernährungssouveränität geschult.



Nigeria – Kampf gegen Landenteignung im Ogoniland im Nigerdelta

Im Juli 2011 entschied die Regionalregierung des Nigerdeltas, 260'000 Hektaren Land von 30'0000 Kleinbauernfamilien der Ogoni zu enteignen, angeblich, um eine neue Stadt zu bauen, es wurde aber auch von einem Industriepark gesprochen. Tatsache ist, dass die Enteignung die Kleinbauernfamilien ihrer Lebensgrundlage berauben würde, weshalb sie sich gegen die Pläne der Regierung wehrten.

Mit Informationsworkshops in verschiedenen Gemeinden und einer grossen Mobilisierung am 4. Januar (Tag der indigenen Völker) gelang es dem Ogoni Solidarity Forum OSF, den Widerstand zu koordinieren und gemeinsame Klagen beim Distriktgericht einzureichen. Der SOLIFONDS hat diese Aktivitäten mit einem Beitrag des SAH-Personalsolifonds unterstützt.

Wie wichtig solche Vernetzungsinitiativen des OSF sind, zeigen laufende Spaltungsversuche. Nachdem es einer Gemeinde gelungen war, die Enteignung von 2'000 Hektaren für eine Militäranlage abzuwehren, stimmten der Gemeindevorsteher und wenige Bauern der Einrichtung einer Bananenplantage auf eben diesem Land zu. Errichtet wird die Plantage von einem mexikanischen Investor.

Eine Lösung im Konflikt zwischen der Bevölkerung des Ogonilands und der staatlichen Enteignungspolitik ist nochmals erschwert worden, nachdem im Sommer die

Regierung angekündigt hatte, dass sie Shell die Erlaubnis zur Ölförderung im Ogoniland (Nigerdelta) wieder erteilen wolle. Für die Menschen eine ungeheure Provokation, sehen sie doch in Shell einen der Hauptschuldigen für die Ermordung ihres Freiheitskämpfers Ken Saro Wiwa.



Die Ölförderung zerstört die Lebensgrundlagen der Ogoni im Nigerdelta.

Foto: OSF

Mali – Hausarbeiterinnen gründen eine eigene Gewerkschaft

In der malischen Hauptstadt Bamako arbeiten gegen 150'000 Hausarbeiterinnen, fast alle sind junge Frauen vom Land, die auf der Suche nach Arbeit in die Stadt migriert sind. Jeglicher Rechte beraubt, müssen sie 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche zur Verfügung ihrer Arbeitgeber stehen. Der monatliche Verdienst liegt um die 25 Euro.

Um dieser extremen Situation von Ausbeutung zu begegnen, begann eine Gruppe von Hausarbeiterinnen 2011 mit dem Aufbau ihrer eigenen Gewerkschaft ADDAD. In erster Linie ging es um Kurse über ihre Arbeitsrechte. Zudem bestand die Notwendigkeit eines eigenen Lokals als Treffpunkt für die Hausarbeiterinnen, aber auch als Zufluchtsort im Fall von Misshandlungen und Vergewaltigungen.

Mit Unterstützung des SOLIFONDS konnte ADDAD im April die nötigen Räumlichkeiten mieten und hat bisher drei Kurse durchgeführt. Dies, obwohl die Arbeitgeber alles dagegen unternehmen: Sie schliessen die Hausarbeiterinnen ein, damit diese nicht an den Versammlungen teilnehmen können, oder gehen selber an die Versammlungen, um dort zu stören und zu drohen. Arbeiterinnen, die ein T-Shirt von ADDAD tragen, wird mit Entlassung gedroht. Und trotzdem stossen immer mehr Hausarbeiterinnen zur ADDAD. Deren Hauptziele sind: maximal 13 Stunden Arbeit pro Tag, ein Freitag pro Woche, geregelte Ferien und Entlohnung gemäss Arbeitsgesetz. Und schliesslich eine nationale Interventionsstelle für Fälle von Vergewaltigung oder Verletzung der persönlichen Würde.

Pakistan – Kampagne für die Rechte von Heimarbeiterinnen

In Pakistan arbeiten rund zwölf Millionen Frauen als Heimarbeiterinnen. Zu Hause nähen sie Fussbälle und Kleider oder fertigen Glasschmuck, Stickereien und weitere Handarbeiten an. Sie arbeiten unter äusserst prekären Bedingungen: Weil die Preise für die gefertigte Ware immer weiter gedrückt werden, sehen sie sich gezwungen, lange

Tage und Nächte zu arbeiten, um so eine grössere Stückzahl zu fertigen. Dabei verdienen sie deutlich weniger als ArbeiterInnen, die in einer Fabrik die gleiche Arbeit verrichten. Kommt hinzu, dass sie keine staatlich garantierten Sozialleistungen beanspruchen können, zum Beispiel eine Rente. Die Unternehmen sparen sich so Sozialkosten.

Am 8. März dieses Jahres ist mit einer Demonstration in Karachi eine Kampagne für die Rechte der Heimarbeiterinnen angelaufen. Hauptforderung ist, dass sie formell als Arbeiterinnen anerkannt werden und damit Zugang zu den Sozialleistungen erhalten. Die vom Gewerkschaftsdachverband NTUF und dem Verband der drei Heimarbeiterinnen-Gewerkschaften (Home based women workers federation HBWWF) lancierte Kampagne will weiter erreichen, dass

Pakistan die ILO-Konvention 177 zum Schutz der Heimarbeiterinnen ratifiziert.

Ein wichtiger Teil der vom SOLIFONDS unterstützten Kampagne betrifft zudem die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation der Heimarbeiterinnen; dazu haben zahlreiche Treffen und Seminare stattgefunden, weitere sind noch geplant. Am 1. Mai hielten die Heimarbeiterinnen-Gewerkschaften ihren ersten Kongress ab.



Heimarbeiterinnen in Pakistan an einem Seminar zu ihren sozialen Rechten. Foto: NTUF

Südspanien – Erfolgreiche Frauengewerkschaft bei Biounternehmen

Die Gewerkschaft der südspanischen GemüsearbeiterInnen SOC-Almería hat vor einem Jahr darauf hingewiesen, dass Bio-Unternehmen nicht automatisch auch sozial sind. Mit einer Kampagne hat sie sich gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und miserablen Löhne bei der Verpackungsfirma Biosol eingesetzt. Betroffen waren ausschliesslich Frauen. Sie kommen zum grössten Teil aus Marokko. Weil in ganz Europa Druck aufgebaut wurde, aber auch wegen einer Intervention von Bio-Suisse, die die Lieferungen in die Schweiz zertifiziert, kam bei Biosol ein Verhandlungsprozess in Gang, der zu ersten kleineren Verbesserungen geführt hat. Befristete Anstellungen wurden in feste umgewandelt, Überstunden bezahlt und eine Gewerkschaftssektion – alles Arbeiterinnen – als Dialogpartnerin zugelassen.

Das sei die Geburtsstunde einer Gewerkschaft der Frauen gewesen, die nur durch die Unterstützung des SOLIFONDS möglich geworden sei, schreibt die SOC. Die Gewerkschaft konnte eine marokkanische Arbeiterin engagieren und damit einen direkten Draht zu den Arbeiterinnen in den Fabriken aufbauen. Die grosse Nachfrage in der täglichen Rechtsberatung, aber auch das Interesse für die Abendkurse in Spanisch zeigen, wie wichtig diese gewerkschaftliche Arbeit mit den Frauen ist. Für die SOC auch zwiespältig: Je entschiedener die Arbeiterinnen ihre Rechte einfordern, desto eher kommt es zu Konflikten, in denen sie als Gewerkschaft gefordert ist. Bei den äusserst beschränkten Ressourcen der SOC kein leichtes Unterfangen.

Pakistan – erste Erfolge der Schiffabwracker

Im pakistanischen Gadani arbeiten bis zu 15'000 Arbeiter in der Abwrackung von Schiffen. Ausgemusterte Schiffe laufen am Strand auf und werden von den Arbeitern in Einzelteile zerlegt. Dabei arbeiten diese unter harten und gefährlichen Bedingungen, ohne Arbeitsvertrag und zu Tiefstlöhnen. Täglich kommt es zu schweren Unfällen, wenn Stahlplatten hinunterfallen oder durch die Arbeit mit

Schneidbrennern Öreste explodieren.

Der Gewerkschaftsdachverband NTUF hat deshalb gemeinsam mit den Schiffabwrack-Arbeitern eine Arbeitsrechtskampagne gestartet, welche vom SOLIFONDS unterstützt wurde. In einem ersten Schritt erreichten die Arbeiter Mitte 2011 eine Lohnerhöhung. Sie gründeten die Gewerkschaft «Ship Breaking Mazdoor Union» und

konnten durchsetzen, dass zahlreiche verletzte Arbeiter sowie die Familien von bei Arbeitsunfällen verstorbenen Kollegen eine Entschädigung erhalten. Erstmals wurde ein Teil der Schiffabwracker in die Altersversicherung aufgenommen. Die Gewerkschaft hat eine Anlaufstelle für die Arbeiter eröffnet und führt regelmässige Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen durch. Ein geplanter grosser

Kongress der Schiffabwrack-Arbeiter wurde im Juli von Behörden und Unternehmern jedoch verhindert: Während die Distriktverwaltung die Durchführung des Kongresses verbot, organisierten die Unternehmer einen Gegenaufmarsch und setzten auf Eskalation. Die Gewerkschaft hat deshalb den Kongress vorläufig abgesagt und das Verbot gerichtlich angefochten.

Südafrika – Anerkennung für die Gewerkschaft der Hausarbeiterinnen

In Südafrika hatte die Gewerkschaft der Hausarbeiterinnen SADSAWU am Frauenkongress des Gewerkschaftsbunds COSATU eine starke Präsenz und einen selbstbewussten Auftritt. SADSAWU hat als Frauengewerkschaft endlich

die Anerkennung durch die andern Verbände und letztlich die selbständige Mitgliedschaft bei COSATU erreicht. Der SOLIFONDS ermöglichte 20 Hausarbeiterinnen die Teilnahme an diesem für sie entscheidenden Ereignis.

Togo – Gewerkschaftsdemokratie von unten aufbauen

Dank den unermüdlichen Bemühungen der Bau- und HolzarbeiterInnengewerkschaft FTBC fanden in Togo im Frühjahr endlich die Wahlen der Betriebsdelegierten für die nationale tripartite Arbeitskommission statt. Damit nicht zufrieden, startete die FTBC eine Kampagne zur Aufklärung

der ArbeiterInnen über Inhalte und Aufgaben dieser Kommission, ganz besonders über die Rechenschaftspflicht ihrer Delegierten. Im diktatorischen Togo baut die FTBC die Demokratie von der Basis her auf. Der SOLIFONDS finanzierte Workshops und Informationsmaterial.



Die in der SADSAWU organisierten Hausarbeiterinnen fordern volle gewerkschaftliche Anerkennung. Foto: SADSAWU



Die LandarbeiterInnengewerkschaft SOC setzt sich für die Arbeiterinnen in den Abpackbetrieben in Südspanien ein. Foto: SOC

Tunesien – Illegitime Schulden streichen, Wirtschaft fürs Volk

«Wir beginnen, die Früchte unserer Arbeit zu ernten, und dies nicht zuletzt dank unserer Zusammenarbeit und der Unterstützung durch den SOLIFONDS. Es ist uns gelungen, bei der verfassungsgebenden Versammlung (ANC) ein Gesetz einzureichen, das die Schaffung einer Untersuchungskommission zu den Schulden der Diktatur vorsieht. 24 Mitglieder aus allen Parteien, mit Ausnahme der islamistischen Ennahdha, haben unseren Vorschlag unterstützt. (...) Es ist wichtig, die Schulden zu untersuchen, um die illegitimen auszuschneiden, denn diese müssen nicht bezahlt werden. Unsere FreundInnen in Ägypten und die dortige Presse verfolgen diesen Prozess mit grossem Interesse.» Das schreibt Fathi Chamkhi, Sprecher des Netzwerks für eine alternative Entwicklung RAID in Tunesien.

Seit der Revolution Anfang 2011 arbeitet RAID intensiv mit Gemeinden im verarmten Landesinnern, mit sozialen Organisationen, Gewerkschaften und politischen Parteien, oder in der von RAID gegründeten «Volksuniversität» zum Thema Schuldenstreichung und einer an den Bedürfnissen der Menschen orientierten alternativen Wirtschaftspolitik. In der Kritik stehen dabei die von den Industrieländern aufgezwungenen Freihandelsabkommen und die Schuldenpolitik, die gerade die Frauen stark trifft. RAID arbeitet mit zahlreichen Organisationen aus dem Maghreb, Ägypten

und der Subsahara-Region zusammen, denn Lösungen müssen über Staatsgrenzen hinweg gefunden werden. Dass das Thema «Schulden» in der verfassungsgebenden Versammlung diskutiert werden soll, ist ein Resultat dieser Arbeit.



«Nein zu Schulden, nein zum Kolonialismus, nein zur imperialistischen Vormundschaft.»
Foto: RAID

Algerien – Unabhängige Gewerkschaften schaffen Gegeninformation

Seit dem Frühjahr ist www.jcalgerie.net auf dem Netz. JC steht für «Journaliste Citoyen» – Basis-JournalistInnen. Die unabhängige Internetplattform präsentiert sich folgendermaßen: «Wir sind GewerkschafterInnen, Erwerbslose, MenschenrechtsaktivistInnen, StudentInnen, Bauern,



Journalistinnen; wir kommen aus unterschiedlichen sozialen Kontexten und wollen über das Web Informationen über die Situation in Algerien austauschen und verbreiten. Es ist uns wichtig, die sozialen und politischen Kämpfe der algerischen Gesellschaft in all ihren Dimensionen miteinander zu verbinden.»

Unterstützt vom SOLIFONDS, konnte die unabhängige Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten SNAPAP, Initiatorin des Projekts, mehrere Ausbildungskurse für Basis-JournalistInnen anbieten. Diese lernten die Internet-Medien nutzen, übten sich in Fotografie und dem Verfassen von Medienmitteilungen.

Und so erfuhr die Öffentlichkeit erstmals von den zahlreichen Streiks im Land, den Demonstrationen der Arbeitslosen, aber auch von der Repression, was wiederum Solidaritätsaktionen auslöste.

Die Informationen über Repression und sozialen Widerstand in Algerien können dank den Basis-JournalistInnen nicht weiter unterdrückt werden.
Foto: SNAPAP

movendo-Kurse

Im Lehrgang «Management in gewerkschaftlichen Organisationen» des Bildungsinstituts der Gewerkschaften «movendo» führte der SOLIFONDS im April einen eineinhalbtägigen Kurs zu Globalisierung und internationaler Solidarität durch.

SUFO

Am Sozial- und Umweltforum Ostschweiz (SUFO) bot der SOLIFONDS im Mai zusammen mit der PdA St. Gallen einen Workshop zu aktuellen Fragen der internationalen Solidaritätsarbeit an.

NRO-Koordination Kolumbien

Der SOLIFONDS ist Teil der Koordination von Nichtregierungsorganisationen, die in Kolumbien Projekte unterstützen – eine wichtige Stelle der Vernetzung und der gegenseitigen Information.

MultiWatch

MultiWatch beobachtet seit 2005 die Tätigkeiten von multinationalen Konzernen mit Sitz in der Schweiz, um öffentlich zu machen, wo diese Menschenrechte verletzen und an Konflikten beteiligt sind. Der SOLIFONDS engagiert

sich im Vorstand und Arbeitsgruppen von MultiWatch. Im vergangenen Jahr beteiligte sich der SOLIFONDS insbesondere an der Erarbeitung und Veröffentlichung eines Buches zum Schweizer Zementmulti Holcim sowie einer Kampagne rund um das 100-Jahr-Jubiläum des Konzerns. (siehe Seiten 10-11)

KEESA

Die Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika (KEESA) setzt sich seit Jahren für eine Offenlegung der Beziehungen der Schweiz zum Apartheid-Südafrika ein und unterstützt die KHULUMANI-Klagen, die von Apartheidopfern gegen Banken und Unternehmen eingereicht worden sind. Der SOLIFONDS arbeitet aktiv im Ausschuss mit.

Bezüglich der Klagen hiess es während des ganzen Jahres warten, denn vom Obersten Gericht der USA muss ein grundsätzlicher Entscheid zu den Klagemöglichkeiten gegen Unternehmen gefällt werden. Dieser Entscheid ist nicht vor Ende 2012 zu erwarten.

Zusammen mit den Basler Afrika Bibliographien organisierte die KEESA im September eine Konferenz zu 100 Jahren ANC. Mit drei südafrikanischen VertreterInnen aus unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen fand eine fundierte Diskussion zum Thema «ANC zwischen Be-

freiungsbewegung und Regierungspartei» und den ungelösten sozialen Problemen in Südafrika statt. (siehe auch www.apartheid-reparations.ch)

Besuche / Treffen / Veranstaltungen ab 1. Oktober 2011

1.10.: Treffen mit Gloria Holguín von der kolumbianischen Nichtregierungsorganisation PAS. Sie berichtet über die Recherchearbeiten zum Bergbaumulti Glencore in Kolumbien, welche PAS durchführt.

5./6.11: Am vpod-Kongress ist der SOLIFONDS mit einem Stand präsent.

11.11.: Zwei Vertreterinnen der Organización Femenina Popular (OFP) aus Kolumbien, Yolanda Becerra und Sandra Gutiérrez, weilen in der Schweiz, um den Paul-Grüninger-Preis in Empfang zu nehmen. Bei einem Besuch beim SOLIFONDS berichten sie von ihrer Arbeit.

19.1.-22.1.: In Zusammenarbeit mit Denknetz führt der SOLIFONDS in Zürich eine Abendveranstaltung und einen halbtägigen Workshop zu den Volksaufständen in Nordafrika durch. Gäste sind Fathi Chamki, RAID Tunesien, und Mamdouh Habashi von der Sozialistischen Partei Ägypten. Mit Fathi Chamki organisiert der SOLIFONDS weiter eine

Abendveranstaltung im Rahmen der Tour de Lorraine in Bern.

11.2.: Auf Einladung von Amnesty International macht die SOLIFONDS-Koordinatorin Yvonne Zimmermann eine Kurz-Präsentation zu Verletzung von Menschen- und Gewerkschaftsrechten durch Schweizer Multis sowie zum Widerstand von Basisbewegungen an der Frauentagung von Amnesty-International in Bern.

15.2.-20.2.: Anlässlich des Besuchs von Alvaro Vega, Präsident des regionalen Gewerkschaftsdachverbands CUT-Valle in Kolumbien, führt der SOLIFONDS Veranstaltungen durch, in Zusammenarbeit mit Aipazcomun und CGAS in Genf, mit Red Latinoamericana, ZAS und ASO-COL in Zürich.

14.2.: Treffen mit Kirill Buketov, Kampagnenkoordinator für den Nahrungsmittelsektor bei der Internationalen Gewerkschaft der LebensmittelarbeiterInnen UITA. Neben der gegenseitigen Information steht die Frage der Unterstützung der internationalen Nespresso-Kampagne im Zentrum sowie Möglichkeiten der Unterstützung von Nestlé-Gewerkschaften in Pakistan und Indonesien, die sich gegen willkürliche Entlassungen wehren.

April 2012: Treffen mit Gilma Benítez von der Coordinadora Nacional Campesina, Kolumbien.

10.-19.4.: Besuch von Shalini Gera, Vertreterin der LeiharbeiterInnen-Gewerkschaft PCSS in den Holcim-Betrieben in Indien. Durchführung von Medienarbeit, diversen Informationsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit MultiWatch und Unia, Präsentation der Situation der LeiharbeiterInnen an einem Movendo-Kurs für GewerkschaftssekretärInnen. (siehe Seite 10)

26.4.: Begleitung einer Delegation aus Espinar zu einem Treffen mit dem EDA (zusammen mit MultiWatch, Gruppe Schweiz-Peru, Bethlehem Mission Immensee, Gesellschaft für bedrohte Völker). Die Gemeinden in Espinar wehren sich gegen den Bergbau-Multi Xstrata, insbesondere gegen die Grundwasserverschmutzungen mit toxischen Rückständen, die zu Gesundheitsproblemen bei der Bevölkerung und Aborten sowie Missbildungen bei ihrem Vieh führen.

10.5.: Auf Einladung von WIDE Switzerland nimmt der SOLIFONDS an einer Tagung zu Care-Arbeit teil und leistet einen Input zu Hausangestelltengewerkschaften in Hongkong und Mali.

19.-23.5.: Besuch von Carlos H. Reyes, Präsident der Gewerkschaft der Getränkeindustrie in Honduras und Vertreter der Volkswiderstandsfront. Um auf die alarmierende Situation der Menschenrechte und auf die politische Gewalt aufmerksam zu machen, führen wir gemeinsam mit

dem Forum Honduras-CH eine öffentliche Veranstaltung in Bern durch und organisieren diverse Medienkontakte. An einem Treffen mit VertreterInnen von EDA und Deza fordert Reyes diese auf, zu Gunsten der Menschenrechte zu intervenieren.

30.5.: Ayao Gbandjou, Generalsekretär der Holz- und BauarbeiterInnengewerkschaft FTBC in Togo, informiert an einem Treffen über die Wahlen der Gewerkschaftsvertretungen in die nationale tripartite Arbeitskommission und die weiteren Aktivitäten zur Vertiefung der gewerkschaftlichen Demokratisierung von unten.

2.7.: Treffen mit Franklin Castañeda, Vertreter von der kolumbianischen Opferorganisation MOVICE und vom CSPP (Solidaritätskomitee mit politischen Gefangenen). Mit Asolatino führt der SOLIFONDS eine öffentliche Veranstaltung in Bern durch.

Anfang September: Anlässlich des Putschs vom Juni 2012 in Paraguay führt der SOLIFONDS gemeinsam mit dem Zentralamerika-Sekretariat in Basel, Bern und Zürich Informationsveranstaltungen zu Hintergründen des Putschs, zum neuen Putschismus in Lateinamerika und zu Widerstand und Solidarität durch. (siehe auch Seite 4)

25.9.: Begleitung einer Delegation der Marcha Patriótica aus Kolumbien zu einem Treffen mit dem EDA.

Jahresrechnung

1. Oktober 2011 –

30. September 2012

Kommentar zur Jahresrechnung

Auf Seite 28 finden Sie eine Übersicht der wichtigsten Rechnungspositionen. Die Betriebsrechnung auf derselben Seite ermöglicht den Vorjahresvergleich gemäss den Anforderungen der eidgenössischen Stiftungsaufsicht. Falls Sie eine detaillierte Rechnung wünschen, so stellen wir Ihnen eine solche auf Anfrage gerne zu.

Die Rechnung 2012 schliesst mit einem Defizit von Fr. 3'697.80. Ein Resultat, das besser ist als budgetiert, das aber bei genauerem Hinsehen gleichwohl auf grössere Probleme hinweist. So sind die einbezahlten Beitragsversprechen im Vergleich zum Vorjahr um knapp 3'500 Franken zurückgegangen. Einen noch grösseren Rückgang verzeichneten die zweckgebundenen Einzelspenden (-27'900 Franken) und auch die freien Spenden (-15'000 Franken). Die genauen Ursachen für diese Rückgänge festzustellen, ist nicht möglich, es ist aber zu vermuten, dass der SOLIFONDS diesbe-

Fortsetzung S. 27, Spalte rechts

(in CHF)

Rechnung 2011/12

Rechnung 2010/11

Beiträge Stifter	42'000.00	42'000.00
Beiträge Mitstifter	3'590.00	3'590.00
Zinserträge	1'909.50	2'299.90
Personalkosten	- 170'569.25	- 169'783.65
Betriebsaufwand	- 21'948.25	- 26'457.88
Zwischentotal	- 145'018.00	- 148'351.63
20% Projektbearbeitung	55'298.00	45'133.00
Saldo Koordination und Betrieb	- 89'720.00	- 103'218.63
Einnahmen Honorare, Referate	1'192.00	1'713.00
Ausgaben Informationsmaterial	- 31'932.95	- 42'611.99
Werbeaktionen	0.00	0.00
Einnahmen Recherchierfonds	25.00	94.00
Ausgaben Recherchierfonds	0.00	- 52.00
Zwischentotal	- 30'715.95	- 40'856.99
10% Informationsarbeit Aktionen	23'101.00	18'598.00
Bezug Rückstellung Informationsarbeit	0.00	5'994.00
Bezug Rückstellung Recherchierfonds	- 25.00	- 42.00
Saldo Informationsarbeit	- 7'639.95	- 16'306.99
UNTERSTÜTZUNGSAKTIONEN		
Beitragsversprechen	117'925.00	121'375.50
Zweckgebundene Spenden	93'226.17	127'384.11
Unterstützungen an Partnerorganisationen	- 138'893.51	- 127'457.25
Zwischentotal	72'257.66	121'302.36
Projektbearbeitung	- 27'779.00	- 25'491.00
Informationsarbeit	- 13'889.00	- 12'746.00
./.. Veränderung Rückstellungen	- 30'589.66	- 83'065.36
Total Beitragsversprechen	0.00	0.00

(in CHF)	Rechnung 2011/12	Rechnung 2010/11
Spenden 1.-Mai-Aktion	24'472.40	30'242.10
Unterstützungen 1.-Mai-Aktionen	- 38'947.60	- 21'963.30
Zwischentotal	- 14'475.20	8'278.80
Projektbearbeitung	- 7'789.00	- 4'393.00
Informationsarbeit	- 3'895.00	- 2'197.00
./. Veränderung Rückstellungen	26'159.20	- 1'688.80
Total 1.-Mai-Aktion	0.00	0.00
laufende Spenden	38'886.60	43'920.00
Unterstützungen aus Aktionskasse	- 23'331.00	- 36'555.80
Zwischentotal	15'555.60	7'364.20
Projektbearbeitung	- 4'666.00	- 7'312.00
Informationsarbeit	- 2'333.00	- 3'655.00
./. Veränderung Rückstellungen	- 8'556.60	3'602.79
Total Aktionskasse	0.00	- 0.01
Zweckgebundene Spenden Diverse Aktionen	116'000.00	40'000.00
Unterstützungen Diverse Aktionen	- 97'498.30	- 42'687.10
Zwischentotal	18'501.70	- 2'687.10
Projektbearbeitung	- 15'064.00	- 7'937.00
Informationsarbeit	- 2'984.00	0.00
./. Veränderung Rückstellungen	- 453.70	10'624.10
Total Diverse Aktionen	0.00	0.00
Kleinstunterstützungen	- 2'750.00	- 2'050.00
Saldo unterstützte Aktionen	- 2'750.00	- 2'050.01
Freie Spenden	96'412.15	111'356.75
Freie Legate	0.00	1'000.00
Rückzahlung Beteiligungen	0.00	10'000.00
Diverse Erträge	0.00	11'000.00
Gewinn (+) / Verlust (-)	- 3'697.80	+ 781.12
Gewinn (+) / Verlust (-)	- 3'697.80	+ 781.12
Veränderung Rückstellungen	+ 13'465.76	+ 64'575.27
Cashflow (+) / Cashloss (-)	+ 9'767.96	+ 65'356.39

zöglich ein «Krisenopfer» geworden ist. Diese negative Bilanz wurde durch die zweckgebundenen Unterstützungen durch Institutionen sowie durch ein zweckbestimmtes Legat wettgemacht. Von der Berti Wicke-Stiftung erhielten wir 46'000 Franken, vom SAH-Personalsolifonds 20'000 und die Stiftung GlobalLokal überwies uns erneut 30'000 Franken. Ein Legat von 50'000 Franken haben wir im Sinne der Stifterin für Kampagnen in Afrika eingesetzt. So konnten wir 2012 trotz des Spendenrückgangs Unterstützungen an Aktionen und Kampagnen von Partnerorganisationen von gut 300'000 Franken leisten. Auf der Ausgabenseite konnten wir den Betriebsaufwand um 4'000 Franken reduzieren und jenen für die Information gar um fast 11'000 Franken. Letzteres wurde möglich, weil die Zahl der angeschriebenen Spenderinnen und Spender stark zurückging, nachdem wir die Kartei überprüft und bereinigt hatten.

Der vom SOLIFONDS treuhänderisch verwaltete SAH-Personalsolifonds wies per 30.9.2012 einen Stand von 69'328.75 Franken aus (Vorjahr: 64'482.00).

Die Jahresrechnung 2012 im Überblick

Einnahmen

Beiträge Stifter- und Mitstifterorganisationen	45'590.00
Einbezahlte Beitragsversprechen	117'925.00
Zweckgebundene Einzelspenden	126'585.17
Zweckgebundene Organisations-spenden	96'000.00
Zweckgebundenes Legat	50'000.00
Freie Spenden	96'412.15
Honorare und Zinserträge	3'101.50
Bezüge Rückstellungen	26'159.20
Total Einnahmen	561'773.02

Ausgaben

Personalkosten	-170'569.25
Betriebsaufwand	-21'948.25
Informationsaufwand	-31'932.95
Überweisungen an Partnerorganisationen ¹⁾	-301'420.41
Rückstellungen	-39'599.96
Total Ausgaben	-565'470.82

Verlust -3'697.80

¹⁾ Überweisungen an Partnerorganisationen

Afrika:

	Gewerkschaften, Arbeitsrechte	Frauenrechte, Gleichstellung	Rechtshilfe	Menschenrechte	Demokratie	Frieden	Landfrage Lebensgrundlagen
Algerien: BasisjournalistInnen	20'206.60	x			x		
Mali: Hausarbeiterinnen	6'339.32	x	x				
Nigeria: gegen Landenteignung	12'320.00				x	x	
Südafrika: Hausarbeiterinnen	3'500.00	x	x				
Südspanien: Arbeitsmigrantinnen	24'983.00	x	x				
Togo: Gewerkschaftsdemokratie	14'576.40	x			x		
Tunesien: Schuldenkampagne	28'577.20				x		
Zimbabwe: gegen Landenteignung	11'763.90				x	x	

Asien:

Indien: Holcim-Kampagne	3'534.45	x					
Pakistan: Schiffabwracker	9'744.85	x					
Pakistan: Heimarbeiterinnen	24'443.00	x	x				
Pakistan: Anti-Terrorismus-Klagen	10'000.00	x			x		
Philippinen: Triumpharbeiterinnen	11'549.19	x	x				

Lateinamerika:

Brasilien: Landbesetzungen	20'000.00					x	
Guatemala: gegen Repression	29'722.50			x	x		
Kolumbien: Mobilisierungen	18'741.00	x					
Kolumbien: Gewerkschaftsfrauen	8'000.00	x	x				
Kolumbien: Kongress gegen Minen	2'600.00					x	x
Kolumbien: Forum Gemeinschaften	3'000.00					x	
Kolumbien: gegen Kriminalisierung	5'900.00				x	x	
Paraguay: Rechtshilfe	19'438.00			x	x	x	
Peru: Widerstand Xstrata-Mine	9'731.00			x	x		
Kleinstunterstützungen	2'750.00						

Total 301'420.41

Bilanz per 30. September 2012

(in CHF)	Bilanz 2011/12	Bilanz 2010/11
Umlaufvermögen		
Kassa	11.25	87.90
Postcheck	156'772.02	102'932.22
ZKB – Depositenkonto	3'857.29	6'631.44
ZKB – Sparkonto	132'176.50	131'895.20
Diverse Debitoren	1'428.80	788.55
Transitorische Aktiven	3'190.60	3'150.00
Anlagevermögen		
Depositenkonto WOGENO	80'056.85	79'156.45
Mobiliar + Einrichtung	1.00	1.00
Beteiligungen		
AKTIVEN	377'494.31	324'642.76

(in CHF)	Bilanz 2011/12	Bilanz 2010/11
Fremdkapital		
Diverse Kreditoren	3'970.70	4'966.35
Transitorische Passiven	58'229.24	27'496.00
<i>Rückstellungen Aktionen</i>		
BV 2/10 – Philippinen	0.00	16'602.84
BV 3/10 – Peru	27'416.52	52'416.52
BV 1/11 – Maghreb	0.00	31'430.20
BV 2/11 – Indien/Pakistan	25'911.32	41'309.62
BV 3/11 – Süds Spanien/B'desh	15'004.54	6'482.54
BV 2/12 – Guatemala	23'623.30	
BV 3/12 – Gegen Kriminalisierung	24'593.50	
Aktionen Afrika (Legat)	11'207.70	
1. Mai – Algerien	0.00	26'098.60
Aktionskasse	77'883.40	4'513.20
<i>Rückstellungen allgemein</i>		
Informationsarbeit	27'232.19	27'232.19
Recher.fonds Schweiz - Südafrika	10'688.80	10'663.80
<i>Stiftungsvermögen</i>		
Eingangsbilanz	75'430.90	74'649.78
Jahresergebnis	– 3'697.80	+ 781.12
Eigenkapital	71'733.10	75'430.90
PASSIVEN	377'494.31	324'642.76

Bericht der Revisionsstelle zur Eingeschränkten Revision an den Stiftungsrat des Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt, Neuenburg (SOLIFONDS)

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz und Betriebsrechnung) der Stiftung Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt (SOLIFONDS) für das am 30. September 2012 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Stiftungsrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine Ein-

geschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Stiftungsurkunde entspricht.

*Gelterkinder, 29. Oktober 2012
BERO Treuhand AG, Roland Laube, Dipl. Wirtschaftsprüfer*

***Beitragsversprechenden, Spenderinnen und Spendern,
den Stiftungen Berti Wicke und GlobalLokal sowie dem SAH-Personalsolifonds
danken wir auch im Namen unserer Partnerorganisationen ganz herzlich.***

Die Stiftung SOLIFONDS

Der SOLIFONDS bezweckt laut Stiftungsurkunde, «den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt und den Kampf um die Erringung und Gewährleistung der Menschenrechte, insbesondere der politischen und gewerkschaftlichen Grundrechte in der ganzen Welt, zu unterstützen sowie darüber in der Schweiz zu informieren».

Die Stiftung wird getragen vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB, der SP Schweiz, von Solidar Suisse/SAH und den entwicklungspolitischen Organisationen Afrika-Komitee, AAB Südliches Afrika, Erklärung von Bern (EvB), Guatemala-Komitee, Magasins du Monde, Nicaragua- und El-Salvador-Komitees, Schweiz. Unterstützungskomitee für das Sahraische Volk, terre des hommes Schweiz, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ASK), Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika (FEPA).

Impressum:

Herausgeberin: Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt» – SOLIFONDS.
Redaktion: Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann
Druck: printoset, Zürich
SOLIFONDS, Quellenstr. 25, Postfach, 8031 Zürich

Dem Stiftungsrat gehören an :

SGB :

Dan Gallin, Hans Schächli (Präsident).

SPS :

Julia Gerber Rüegg, Tanja Walliser,
Jean Christophe Schwaab.

Solidar Suisse/SAH :

Ruth Daellenbach (bis Mai), Anja Abkendantz (ab Juni),
Bruno Gurtner, Esther Maurer (ab Oktober),
Peter Schrembs (bis Oktober).

Mitstifter :

Thomas Braunschweig (EvB), Dieter Drüssel (Zentralamerika-Sekretariat), Barbara Müller (Afrika-Komitee),
Stephan Suhner (ASK).

Koordination :

Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann.

Buchhaltung :

Bruno Hangarter.

Der SOLIFONDS ist auf Ihre Unterstützung angewiesen !

Der SOLIFONDS finanziert seine Unterstützungsaktionen ausschliesslich mittels privaten Spenden :

Beitragsversprechen ermöglichen dem SOLIFONDS, rasch auf dringende Unterstützungsgesuche zu reagieren. Sie sind im Voraus fest zugesicherte Spenden, die der Stiftungsrat dreimal im Jahr für eine bestimmte Aktion abrufen. Der SOLIFONDS ist auf mehr Beitragsversprechen angewiesen !
(siehe nebenstehenden Talon)

Spenden erlauben es dem SOLIFONDS, soziale Bewegungen in einer Vielzahl von Aktionen und Kämpfen zu unterstützen und so konkrete Solidarität zu leisten.

Legate sind für den SOLIFONDS eine unschätzbare zusätzliche Unterstützung, die ihn in seiner Arbeit für eine gerechte und solidarische Welt bestärken.

SAH-Personalsolifonds : Ein Teil der SAH-Angestellten zahlt freiwillig ein Lohnprozent in den Personalsolifonds. Daraus werden Projekte von Solidar Suisse, SAH-Migration sowie Aktionen des SOLIFONDS finanziert.

Ausserdem erhält der SOLIFONDS punktuell Beiträge von **befreundeten Stiftungen** für spezifische Aktionen.

Der SOLIFONDS ist als gemeinnützige Organisation anerkannt. Spenden können von den Steuern abgezogen werden.

*Helpen Sie mit,
den SOLIFONDS
bekannt zu machen. Merci !*



**Wer verändert die Welt,
wenn nicht
die betroffenen
Menschen?**

*Für die Solidarität
mit sozialen Befreiungskämpfen:*

SOLIFONDS

Der SOLIFONDS braucht mehr Beitragsversprechen !

In vielen Fällen, beispielsweise bei einem Streik, bei Landbesetzungen oder bei Verhaftungen, muss der SOLIFONDS rasch und unbürokratisch auf Anfragen reagieren können. Dazu brauchen wir möglichst viele Beitragsversprechen: im Voraus zugesagte Spenden, die bei Bedarf maximal drei Mal pro Jahr durch den Stiftungsrat abgerufen werden können. Mit unserem Informationsbulletin informieren wir Sie über die unterstützten Aktionen.

Ich unterzeichne ein Beitragsversprechen

und verpflichte mich, auf Abruf für eine Aktion Fr. _____ einzuzahlen.

(Maximal drei Mal pro Jahr. Gilt für zwei Jahre)

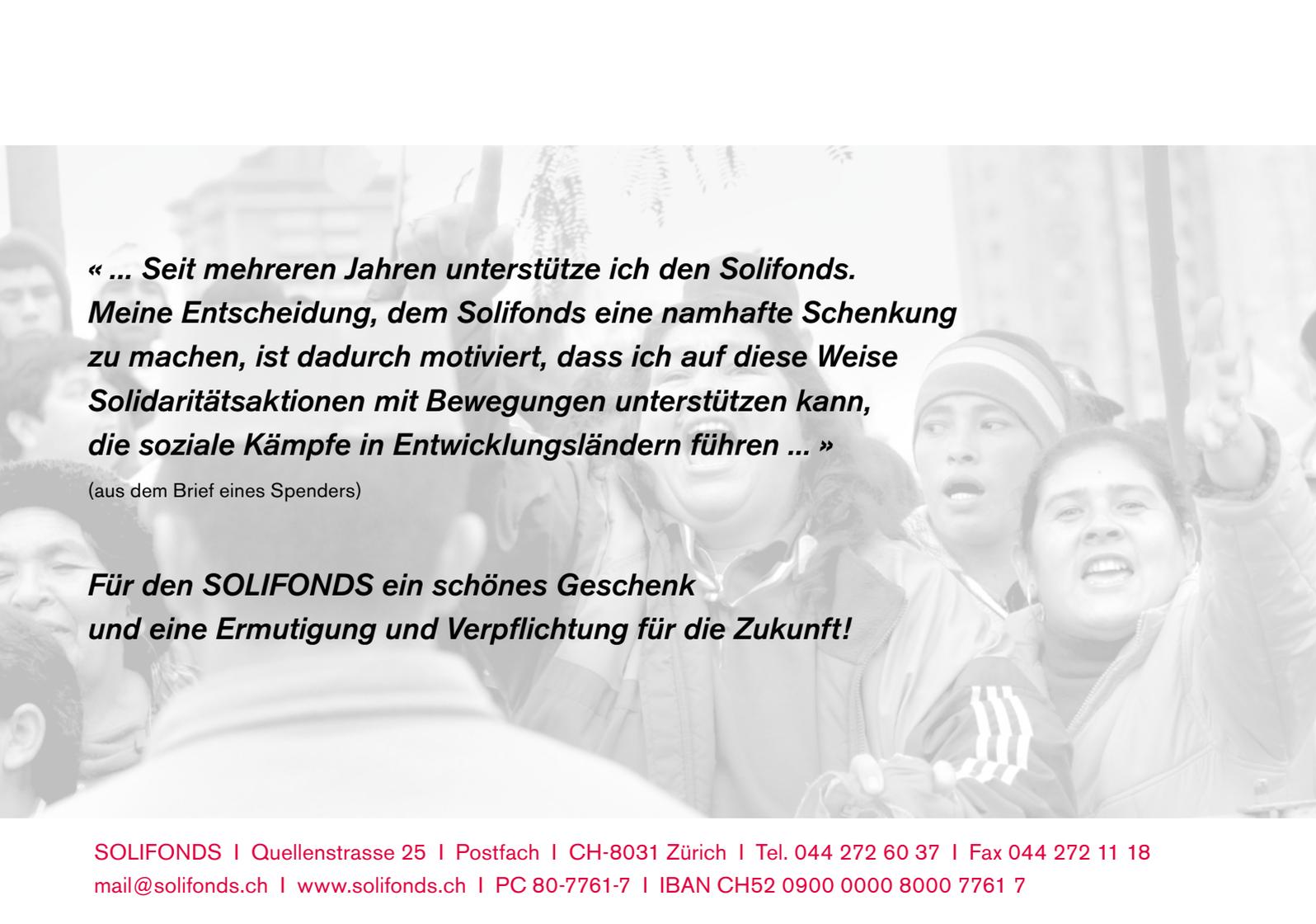
Vorname, Name

Adresse

PLZ, Wohnort

Datum, Unterschrift





**« ... Seit mehreren Jahren unterstütze ich den Solifonds.
Meine Entscheidung, dem Solifonds eine namhafte Schenkung
zu machen, ist dadurch motiviert, dass ich auf diese Weise
Solidaritätsaktionen mit Bewegungen unterstützen kann,
die soziale Kämpfe in Entwicklungsländern führen ... »**

(aus dem Brief eines Spenders)

**Für den SOLIFONDS ein schönes Geschenk
und eine Ermutigung und Verpflichtung für die Zukunft!**